

Tagesordnungspunkt 6

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen der Verbandsgemeinde Nahe-Glan für das Jahr 2023

Gemäß § 95 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) hat die Gemeinde für jedes Jahr eine Haushaltssatzung zu erlassen.

In seiner Sitzung am 01.03.2023 hat der Haupt- und Finanzausschuss den damals vorliegenden Entwurf nebst Beschlussvorschlägen beraten, jedoch wurde keine Beschlussempfehlung an den Verbandsgemeinderat ausgesprochen.

Der Vorsitzende trägt zur Begründung der aktuellen Verwaltungsvorlage folgende Rede vor:

„Sehr geehrte Ratsmitglieder,

in unserer heutigen Sitzung wollen und müssen wir uns (ein zweites Mal in dieser Runde) mit der Haushaltssatzung samt Anlagen für das Haushaltsjahr 2023 beschäftigen. Ich glaube es ist müßig, Einzelheiten vorausgehender und sehr umfangreicher Diskussionen hier noch einmal vorzutragen.

Einigkeit herrschte über die vorgesehene Senkung der Umlage um einen Prozentpunkt durch Streichung bzw. Kürzung versch. Maßnahme. Das ist auch ein Teil des Beschlussvorschlages.

Der Meinungs-austausch im Vorfeld der heutigen Sitzung hat aber auch gezeigt, dass es weiterhin (teilweise auch innerhalb der Fraktionen) grundlegend unterschiedliche Auffassungen von der Notwendigkeit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen des Stellenplanes gibt.

Diese Änderungen betreffen Stellenmehrungen sowie Höher- und Rückgruppierungen von Stellen auf Grundlage eines Personalbedarfsgutachtens der Kommunalberatung Pletscher.

Ich möchte mit wenigen Worten darlegen, um welche drei unterschiedlichen Personalveränderungen im Stellenplan es geht:

1) Die Stellenbewertungen für die tariflich Beschäftigten: Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben ohne Wenn und Aber einen Rechtsanspruch auf Höhergruppierung, die im Zuge der Tarifautomatik entstanden ist. Glücklicherweise sehen das nach meiner Einschätzung mittlerweile wohl alle Fraktionen so. Gleichwohl schmerzt es mich, dass es offenbar trotzdem noch Stimmen im Rat gibt, die sich hier nur offenbar dem Unvermeidbaren beugen und nicht von der Notwendigkeit und Richtigkeit der neuen Eingruppierung überzeugt sind. Unabhängig vom Ausgang der heutigen Abstimmung werde ich diese Höhergruppierungen morgen umsetzen, die Kolleginnen und Kollegen haben darauf jetzt wirklich lange genug (eigentlich zu lange) warten müssen, haben es verdient und werden diese bekommen.

2) Die Stellenbewertungen im Bereich der Beamtenbesoldung: Auch wenn im Beamtenrecht andere Regeln greifen und es keine Tarifautomatik gibt, so kann und möchte ich unseren Umgang mit den Bewertungsergebnissen in diesen Fällen nicht anders bewerten als die Auswirkung auf die Beschäftigtenstellen. Aus meiner Sicht ist es unbedingt geboten, **hier unseren Beamten klar zu signalisieren, dass wir sie und ihre**

Arbeit genauso wertschätzen wir die aller anderen Kollegen. Alles andere ist aus meiner Sicht fatal.

3) Zusätzliche Personalstellen: Der Vorschlag der Verwaltung, den vom Gutachter ermittelten Personal-Mehrbedarf auf ein absolutes Minimum zu beschränken, fand in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses keine Mehrheit. Ich erkenne an, dass die Umsetzung des Gutachterergebnisses bezüglich den vorgeschlagenen zusätzlichen Stellen im Vorfeld der Haushaltsdebatte hätte besser vermittelt und erörtert werden müssen. Daher nehme ich in diesem Punkt den Vorschlag der UBL-Fraktion aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auf, das diese Stellenmehrungen nicht Teil meines heutigen Beschlussvorschlages ist, sondern das zuständige Gremium (d.h. der Haupt- und Finanzausschuss) sich zeitnah damit befasst und Anpassungen im Rahmen eines Nachtragshaushaltes umgesetzt werden könnten.

Dabei können und dürfen wir nicht bis zum Stellenplan des Haushaltes 2024 warten, denn die unmittelbaren Betroffenen und auch Leidtragenden sind hier doch ganz konkret das eigene Personal und damit letztendlich auf jeden Fall unsere Ortsgemeinden.

Um die **Dramatik** der Situation an wenigen Beispielen darzustellen, möchte ich hier die Situation im Fachbereich 3, der Bauabteilung, schildern. Aktuell sind gut 10 Baugebiete im Entstehen, etliche große Straßenausbauprojekte zu begleiten, eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen abzuwickeln. Wir haben doch eigentlich gar nicht die Möglichkeit, die Notwendigkeit des Neu- und Umbaus der Feuerwehrgerätehäuser in Monzingen und Lettweiler und der KITAS in Odernheim, Meddersheim, Monzingen, demnächst vielleicht Merxheim sowie in Bad Sobernheim lange hinauszuschieben.

Ich spreche einmal direkt die Vertreter der Ortsgemeinden hier im Rat an:

Egon Eckhardt, in Merxheim wartet ein Baugebiet in zwei Bauabschnitten auf Umsetzung.

Otto Dornbusch, wir sind froh um die Möglichkeit des Um- und Anbaus des Dorfgemeinschaftshauses. Ich bin gerne bereit das interessante aber auf herausfordernde Projekt optimal betreuen zu lassen, aber da geht nur mit Personal.

Gerhard Heil, hinter der Umgestaltung des Glanufers in Meisenheim stehe ich voll und ganz – wer soll das zu Ihrer Zufriedenheit machen, wenn unser Tiefbautechniker gleichzeitig die Schulstraße in Staudernheim und die Königsbergerstraße in Bad Sobernheim betreut.

Klaus Stein, in Monzingen stehen KITA, Feuerwehrgerätehaus an, der Glasfaserausbau fordert mehr Kräfte als gedacht.

Achim Schick, der KITA-Neubau wird viele Ressourcen fordern und so weiter ... und so weiter.

Letztlich kommen wir nicht umhin, gerade die Bauprojekte zu priorisieren. Die Entscheidung, was umgesetzt wird und was nicht, müssen letztendlich dann die Gremien treffen.

Weitere Beispiele aus allen Fachbereichen könnte ich nennen: Aus meiner Sicht zwingend notwendige Stärkung des Vollzugs, Personalkapazitäten im Bereich der Betreuung des Ehrenamts, personelle Ausstattung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und letztlich auch Verstärkung in der Vollstreckung (um unsere Einnahmepotentiale auszuschöpfen) und letztlich auch dringender Personalbedarf zur weiteren Umsetzung im Rahmen der Digitalisierung.

Diese letzten Ausführungen nur der kommenden Diskussion, der wir uns stellen müssen, vorweggenommen.

Ich komme zurück auf unseren Beschlussvorschlag, nochmals zusammengefasst:

- VG-Umlage 32 %
- Berücksichtigung der Stellenbewertungen für Beschäftigte und Beamte
- Keine Stellenmehrung (auch nicht Sperrvermerke)“.

Herr Krax liest im Namen der Fraktionen der GRÜNEN, UBL und FDP folgendes vor und beantragt folgenden Beschluss:

„Wir beantragen den Haushaltsplan dahingehend anzupassen, dass die von der Verwaltung gewünschte Personalaufstockung vollständig gestrichen wird, d.h., der Stellenplan der Kernverwaltung bleibt auf dem Niveau von 2022 (= 71 Stellen). Gehalts- und Stufenaufstockungen der Personalstellen des öffentlichen Dienstes im Sinne des Tarifrechtes und der damit verbundenen tariflichen Erhöhungen finden statt, soweit sie gesetzlich (tarifrechtlich) verbindlich sind.

Höhergruppierungen von Beamtenstellen werden vorerst nicht in den Stellenplan aufgenommen. Das geplante Stellenplus in den Bereichen Schule und Kitas ist von diesem Antrag ausgenommen.

Anschließend soll ohne Zeitdruck eine Lösung gefunden werden, die von einer großen Mehrheit des Rates mitgetragen werden kann und dann mit dem Haushaltsplan 2024 zur Abstimmung gestellt wird.

Die durch diesen Antrag resultierenden Einsparungen sollen der weiteren Absenkung der Verbandsgemeindeumlage dienen.

Begründung:

Aus unserer Sicht hat in den letzten Wochen keine ausreichende Darlegung für den Stellenaufbau stattgefunden. Zu unterschiedlich sind die Ansätze von Verwaltung und einem großen Teil der Ratsmitglieder und auch die Vorstellung, wie eine Verhandlung ablaufen sollte. Deshalb befürchten wir, dass der Haushalt ein zweites Mal abgelehnt wird. Dieses Szenario kann niemand von uns wollen, insbesondere die Verwaltung nicht. Selbst, wenn dem Haushaltsplan zugestimmt wird, muss man befürchten, dass dies ein Zufallsergebnis sein wird, weil nicht alle Ratsmitglieder anwesend sind. Auch das kann niemand wollen.

Bitte werden Sie Ihrer Verantwortung für eine handlungsfähige Verwaltung gerecht und stimmen Sie für diesen Antrag. Nur dann haben wir mit Sicherheit einen Haushaltsplan, der breite Akzeptanz findet, wodurch weiterer Schaden für Verwaltung und Verbandsgemeinde vermieden wird.

Eugen Krax (im Namen der antragstellenden Fraktionen)“.

Es wird moniert, dass dieser gemeinsame Antrag nicht vorab eingereicht wurde, um sich mit dem Inhalt zu beschäftigen. Weiter gibt es verschiedene Wortmeldungen, die die im vorliegenden Antrag vorgesehene Differenzierung zwischen Beamten und Beschäftigten

kritisieren und dadurch die Spaltung innerhalb des Personals und auch den Weggang einzelner Personen befürchten.

Gerade auch deshalb, beantragt die SPD-Fraktion hier eine namentliche Abstimmung.

Frau Bickelmann stellt den Antrag, die Stellen vom Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) bewerten zu lassen, weil ihre Fraktion das Gutachten von der Kommunalberatung Pletscher nicht in allen Bereichen für vertrauenswürdig und für nicht gerichtlich verwertbar hält. Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass er bezweifelt, dass die vorliegenden Bewertungen nicht gerichtlich verwertbar sind und dass der KAV seit Jahren aus Kapazitätsgründen keine Gesamtstellenbewertungen mehr vornimmt.

Ratsmitglied Kohrs teilt mit, dass er dem Antrag der Verwaltung zustimmen wird und einen erweiterten Antrag zum Vorschlag der Verwaltung zur Abstimmung bringen möchte. Der erweiterte Antrag besteht darin, dass über eine Stellenmehrung um 4,5 Stellen abgestimmt werden soll. Diese vorgesehene Stellenmehrung war Inhalt des Antrages der Verwaltung für die vergangene Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er sieht die Fusion in Hinblick auf das Personal sehr gelungen und hält eine Stellenmehrung für notwendig. Auch er erwähnt einige Beispiele, warum die Verwaltung zusätzliches Personal benötigt.

Weiterhin empfiehlt er einen Systemcoach zu beauftragen, der das Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Gremien Beigeordnetenrunde und Ältestenrat sein soll.

Bevor über die vorliegenden Anträge abgestimmt wird, gibt es dazu einige Wortmeldungen. Die Ratsmitglieder Schick, Stein und Eckhardt signalisieren ihre Zustimmung zum Antrag der Verwaltung. Auch weil der Kontakt zur Verwaltung sehr gut ist und gesehen wird, was dort geleistet wird.

Dr. Alt warnt davor, den Stellenplan so eng zu planen und damit auch eine mögliche Stundenaufstockung zu verwehren.

Frau Schumann informiert über die Unterschiede von Beamten und Beschäftigten und verweist auf das Grundgesetz.

Herr Dr. Welker führt an, dass die Effizienz gesteigert werden muss.

Herr Krax ergänzt zum Antrag, dass es keine Idee gab, was die Optimierung der Prozesse angeht.

Nach eingehender Beratung wird über die vorliegenden Anträge wie folgt abgestimmt:

Beschlussvorschlag Ratsmitglied Kohrs:

Erweiterter Antrag zum Vorschlag der Verwaltung mit einer Stellenmehrung von 4,5 Stellen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

- VG-Umlage 32 %
- Berücksichtigung der Stellenbewertungen für Beschäftigte und Beamte
- Keine Stellenmehrung (auch nicht Sperrvermerke)“.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltung

Antrag der SPD-Fraktion auf namentliche Abstimmung zum gemeinsamen Antrag der GRÜNEN, UBL und FDP:

Abstimmungsergebnis: 18 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag, gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, UBL und FDP:

- Keine Personalaufstockungen
- Höhergruppierungen von Beamtenstellen werden vorerst nicht in den Stellenplan aufgenommen.
- Anschließend soll ohne Zeitdruck eine Lösung gefunden werden, die von einer großen Mehrheit des Rates mitgetragen werden kann und dann mit dem Haushaltsplan 2024 zur Abstimmung gestellt wird.
- Die durch diesen Antrag resultierenden Einsparungen sollen der weiteren Absenkung der Verbandsgemeindeumlage dienen.

Die anwesenden Ratsmitglieder haben wie folgt abgestimmt:

Vorname, Name	Abstimmung:	Vorname, Name	Abstimmung:
Uwe Engelmann	Nein	Dr. Denis Alt	Nein
Wolfgang Keller	Nein	Sonja Bräuer	Nein
Hans-Jörg Lenhoff	Nein	Klaus Stein	Nein
Thomas Langguth	Nein	Egon Eckhardt	Nein
Thomas Geib	Nein	Thomas Neumann	Nein
Roland Riemenschneider	Nein	Gisela Euler	Nein
Karl-Heinz Grimm	Nein	Ron Budschat	Enthaltung
Reinhold Rabung	Ja	Achim Schick	Nein
Dr. Jörg Maschtowski	Ja	Rolf Arzt	Ja
Dr. Felix Welker	Ja	Christel Bäcker	Ja
Bernd Gaulke	Ja	Felix Kehl	Nein
Eugen Krax	Ja	Sabine Bittmann	Ja
Elmar Schauß	Ja	Barbara Bickelmann	Ja
Volker Kohrs	Nein	Frank Joerg	Ja
Kai Sommer	Ja	Anke Schumann	Ja
Dr. Volker Rings	Ja	Gerhard Heil	Ja
Harry Gehres	Ja	Hildegard Krauß	Ja
Birgit Menschel	Ja	Karl-Otto Dornbusch	Ja

Ergebnis der namentlichen Abstimmung: 19 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltung

Beschluss zur Haushaltssatzung :

Der Verbandsgemeinderat beschließt

a) die Verbandsgemeindeumlage auf 32,0 v.H. festzulegen

b) die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen unter Einbeziehung der VG Umlage

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimmen
 1 Enthaltungen

Nachtrag zur Sitzung:

Die Umsetzung des o. a. Beschlusses ergibt jetzt einen Umlagesatz von 31,53 v. H. Die geänderte Haushaltssatzung mit den Anlagen (u. a. Stellenplan) wurde der Kommunalaufsicht vorgelegt und ist dieser Niederschrift beigelegt.